

KV-Nr.: 2401

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)  
aus 10 Blatt und ist vollständig  
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf  
Vollständigkeit zu überprüfen.**

K.V 2401

Essen, 08.07.2000

1

Strafanzeige

Es erscheint heute gegen 11.04 Uhr zum Zwecke der Anzeigeerstattung

Hans Dieter **Merseburg**,  
geboren am 08. Januar 1964 in Mülheim a. d. Ruhr,  
wohnhaft: Graefestraße 14, 45147 Essen,  
deutscher Staatsangehöriger, verheiratet, Kraftfahrer,

und erklärt nach zeugenschaftlicher Belehrung:

Ich erstatte hiermit Strafanzeige wegen Diebstahls und aller ansonsten in Betracht kommenden Straftatbestände gegen Unbekannt aufgrund folgenden Sachverhalts: Ich bin Eigentümer des Wohnmobils Chevrolet GMC Truck mit dem amtlichen Kennzeichen E - DZ 107. Der Wagen ist schwarz metallic lackiert und trägt die Fahrgestell-Nr. 1GBEG26H7T711088.

Den Wagen habe ich vor 3 Wochen für 17.500,-- DM von


Ahmed Zudini, geboren am 01.01.1968  
wohnhaft: Witteringstraße 46, 45130 Essen

gekauft. Den Fahrzeugschein habe ich dabei. Ich habe nichts dagegen, dass dieser zur Akte genommen wird.

Gestern Abend, gegen 20.00 Uhr, habe ich das Fahrzeug in der in der Nähe meiner Wohnung, nämlich in der Graefestraße verschlossen abgestellt. Als ich heute gegen 10.00 Uhr das Fahrzeug benutzen wollte, war es, obwohl ich das Lenk- und Zündschloss verriegelt hatte, nicht mehr da. Ich vermute, dass es gestohlen worden ist.

Der Kilometerstand des Fahrzeugs beträgt etwa 64.000 km. Es hat einen auffälligen weißen Fleck auf der Motorhaube sowie eine Reserveradabdeckung mit der Aufschrift Mk3 und zwei USA-Flaggen.

Geschlossen:

  
Dellbrück, PHM

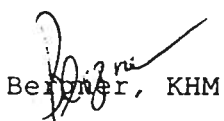
Selbst gelesen, genehmigt und  
unterschrieben:

  
Hans Dieter Merseburg

08. Juli 2000

Vermerk:

Der Wagen wurde heute zur Sachfahndung ausgeschrieben.

  
Berger, KHM

Strafanzeige

Zusatz zur Strafanzeige wegen Diebstahls eines So-Kfz Wohnmobil E-DZ 107

Es erscheint gegen 10.55 Uhr der Anzeigenerstatter, Herr Hans Dieter **Merseburg** (Personalien bekannt), und macht folgende ergänzenden Angaben:

Am 08.07.2000 erhielt meine Ehefrau

Claudia **Merseburg** geborene Krüger  
geboren am 23. Oktober 1967 in Essen,  
wohnhaft: Graefestraße 14, 45147 Essen,  
deutsche Staatsangehörige, verheiratet, Hausfrau,

einen Anruf des Verkäufers des Wagen, Herrn Ahmed Zudini.

Herr Zudini gab an, dass er den Wagen für die Bank, bei der der Fahrzeugbrief zur Sicherheit liege, abgeholt habe. Er hätte jetzt eine Menge Ärger und die einzige Möglichkeit, jetzt den Wagen zurück zu bekommen, wäre, die Restsumme in einem Mal an ihn zu bezahlen.

Dazu muss ich Folgendes erklären: Als ich bei Herrn Zudini den Wagen kaufen wollte, hatte ich nicht genug Geld für diesen. Daher habe ich den im Kaufvertrag genannten Pkw bei ihm in Zahlung gegeben. Der Rest der Kaufsumme sollte finanziert werden. Für das Wohnmobil haben wir dann einen Kaufvertrag abgeschlossen. Erst jetzt fällt mir auf, dass es sich dabei lediglich um eine „Verbindliche Bestellung handelt. Diese gebe ich hier in Kopie zur Strafanzeige. Bei der Fahrzeugübergabe konnte Herr Zudini mir den Kraftfahrzeugbrief nicht übergeben. Er gab an, dass dieser noch bei einer Bank liegen würde. Den Namen der Bank wollte und will Herr Zudini nicht angeben, sodass ich keine Möglichkeit sehe, mich mit der Bank in Verbindung zu setzen. Ich bin dann nach der Übergabe mit dem Fahrzeug nach Hause gefahren. Dort wurde der Wagen - wie in der Strafanzeige angegeben - entwendet.

Ich habe diese Angelegenheit bereits meinem Rechtsanwalt mitgeteilt. Dieser hat mir geraten, den Kaufpreis zunächst nicht zu bezahlen.


Ich möchte, das die Anzeige wegen Diebstahls aufrecht erhalten bleibt.

Geschlossen:



Delbrück, PHM

Selbst gelesen, genehmigt und  
unterschrieben:



Hans Dieter Merseburg

Ahmed Budini  
 Witteringstraße 46  
 45130 Essen  
 0201 1 44 44 381

Bei der oben genannten Firma (Verkäufer) bestellt hiermit der Käufer

Herr/Frau/Firma (ggf. auch Geburtsname)

geb. am

Hans Dieter Merseburg

08.01.1964

Straße

Tel.-Nr.

Graefestraße 14

01721 4806346

(PLZ) Ort

Beruf/Gewerbe

45147 Essen

Kraftfahrer

zu den nachfolgenden und umseitigen Geschäftsbedingungen folgendes gebrauchtes Fahrzeug unter Ausschluss jeder Gewährleistung:

Hersteller GMC	Typ Chevy Van	Fahrzeugart 50. Kfz Wohnmobil	zul. Gesamtgewicht 3.010 kg
Amtl. Kennzeichen E-02 107	Fahrzeug-Ident.-Nr. 1GBGG26H7T7 11033	Fz-Brief-Nr.	Hubraum lt. Fz-Brief 4.903 ccm
Kilowatt (PS) lt. Fz-Brief 127	Gesamtfahrleistung nach Angaben des Vorbesitzers		Stand des km-Zählers 64.000 km
Zahl der Halter lt. Brief	lt. Vorbesitzer	Datum der Erstzulassung lt. Fz-Brief 07.07.33	lt. Vorbesitzer
Sonderausstattung, Zubehör (z. B. Reifen, Aufbauten)		Nächste Hauptuntersuchung Nächste AU 05 2001	

Autoradio mit CD-Wechsler

## Verbindliche Bestellung

eines gebrauchten Kraftfahrzeuges / Anhängers

ohne Garantie

☐ Barzahlung

☒ Abzahlung

### Zahlungsvereinbarung Bargeschäft

zum Preis von DM

vereinbarte Nebenleistungen DM

☐ für Vorsteuerabzugsberechtigte kein Umsatzsteuerausweis möglich, § 25 a UStG

☐ zuzügl. .... % Ust. (Option zur Regelbesteuerung) DM

Gesamtbetrag DM

in Worten

Baranzahlung DM

zinsloser Kredit bis zum in Höhe von DM

Verbindliche(r) unverbindliche(r) Lieferfrist/Liefertermin

Das Fahrzeug ist fahrbereit ☒ ja ☐ nein

Zahl, Art und Umfang von Unfallschäden lt. Vorbesitzer

Dem Verkäufer sind auf andere Weise Unfallschäden bekannt ☐ ja ☒ nein

Wenn ja, folgende:

Das Kraftfahrzeug wurde lt. Vorbesitzer als Taxi/Miet-/Fahrschulwagen genutzt ☐ ja ☒ nein

Das Kraftfahrzeug ist lt. Fz-Brief mit Anhängerkupplung ausgerüstet ☐ ja ☒ nein

Sonderevereinbarungen

(z. B. Vollkaskoversicherung) in Zahlung genommen wurde ein BMW 525i, Fahrzeugkenn-Nr. WJ + H02104028 54465; Kfz-Brief wurde bei Vertragsabschluss ausgetauscht

### Zahlungsvereinbarung Abzahlung

Barzahlungspreis DM 17.500,- Baranzahlung DM 9.000,- plus

zinsloser Kredit bis zum 01.12.2001 in Höhe von DM 8.500,-

Finanziert werden DM 8.500,- Finanzierungszinsen und Kosten DM

Finanzierungsbetrag DM Teilzahlungsbetrag DM

Effektiver Jahreszins %

Der Finanzierungsbetrag wird in folgenden Raten bezahlt:

Am 01.07.2000 des der Auslieferung folgenden Monats DM 500,- der Rest in 16 gleichen Raten à DM 500,- jeweils am 1. der folgenden Monate. Der den Finanzierungsbetrag übersteigenden Restbetrag wird am Tage der Auslieferung des Kraftfahrzeugs bar bezahlt.

### Widerrufsbelehrung und Bestätigung (gilt nur bei Abzahlungsgeschäften)

Ich bin über folgende belehrt:

Ich kann meine vorstehende verbindliche Bestellung sowie den an die Bank gerichteten Darlehensantrag binnen 1 Woche, gerechnet vom Zeitpunkt der Bestellung/Antragstellung, gegenüber der

oben als Verkäufer genannten Firma oder gegenüber der Bank schriftlich widerrufen. Mit Zugang der Widerrufserklärung verlieren sowohl die Bestellung als auch der Darlehensvertrag ihre/ihre Wirksamkeit rückwirkend. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs

(Unterschrift des Käufers)

An diese Bestellung ist der Käufer zehn Tage, bei Nutzfahrzeugen zwei Wochen gebunden. Der Kaufvertrag ist abgeschlossen, wenn der Verkäufer die Annahme der Bestellung schriftlich bestätigt oder die Lieferung ausgeführt ist. Sämtliche Vereinbarungen, z. B. Nebenabreden, Zusicherungen, nachträgliche Vertragsänderungen, sind schriftlich niederzulegen.

Essen, 15.06.2000

Ort, Datum

Hans Dieter Merseburg

Unterschrift des Käufers

Vermerk

Heute gegen 19.35 Uhr wurde das ausgeschriebene Sonder-Fahrzeug

Wohnmobil Typ Chevrolet GMC Truck,  
amtliches Kennzeichen E -DZ 107  
Fahrzeugidentifizierungsnummer 1GBEG26H7T711088

in 45140 Essen, Witteringstraße/Isenbergstraße durch POM Vogelsang und den Unterzeichner aufgefunden.

Der Tatverdächtige

Ahmed Zudini, geboren am 01.01.1968 in Beirut,  
wohnhaft: Witteringstraße 46, 45130 Essen

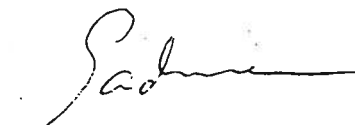
befuhr mit dem Sonder-Kfz. die Witteringstraße in Richtung Isenbergstraße. Da das Fahrzeug nach Diebstahl zur Fahndung ausgeschrieben war, wurde es angehalten und überprüft.

Nach erfolgter Belehrung über seine Beschuldigtenrechte gemäß §§ 163 a, 136 StPO teilte der Tatverdächtige auf Vorhalt mit, dass er das Wohnmobil im Auftrag einer privaten Kreditbank in seinen Besitz gebracht habe, da der versprochene Kaufpreis nicht gezahlt worden sei. Die Bank sei auch im Besitz des Fahrzeugbriefes. Er sei zudem der letzte Halter des Fahrzeugs gewesen. Zur Bestätigung legte er zwei Original-Schlüssel des Wohnmobils vor.

Da die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt werden konnten, wurde das Wohnmobil zwecks Eigentumssicherung sichergestellt und durch die Fa. Schimmelpfennig abgeschleppt.

Führerscheindaten des Tatverdächtigen:

Führerschein-Klasse 3 am 27.05.1998 durch StVA Essen

  
Sandmann, PK

Polizeipräsidium Essen  
 Polizeiinspektion 4/KK 1  
 Vorgangs-Nr. 502100-3762

Essen, 03.08.2000

Dienststelle

Ort, Datum

### Zeugenvernehmung

Auf Vorladung erscheint auf der hiesigen Dienststelle ~~der~~ die

Familienname, Vorname, Geburtsname <b>Merseburg, Claudia geborene Krüger</b>	
Beruf <b>Hausfrau</b>	Geb.-Datum <b>23.10.1967</b>
Geburtsort, Kreis, Land <b>Essen</b>	
Staatsangehörigkeit <b>deutsch</b>	
Wohnort, Kreis, Straße, Hausnummer <b>Graefestraße 14, 45147 Essen</b>	

Ich bin jetzt als Zeuge vor meiner Vernehmung über den Inhalt der §§ 52 und 55 StPO eingehend belehrt worden.

Auch über das Zeugnisverweigerungsrecht wurde ich unterrichtet.

Mit den beteiligten Parteien bin ich

☐

verwandt oder verschwägert

☒

nicht verwandt oder verschwägert.

Ich will jetzt

☒

aussagen

☐

keine Aussage machen.

Ich bin die Ehefrau des Hans Dieter Merseburg, der am 08.07.2000 den Diebstahl seines Wohnmobils Chevrolet Truck angezeigt hat.


Zu der Angelegenheit kann ich nur sagen, dass ich an diesem Tag nachmittags einen Anruf des Herrn Zudini erhalten habe, in dem dieser angab, er habe das Wohnmobil im Auftrag der finanzierenden Bank abgeholt. Diese besitze ja auch den Fahrzeugbrief. Er habe eine Menge Ärger gehabt, da mein Mann die erste Rate in Höhe von 500,00 DM nicht gezahlt habe.

Ich sollte meinem Mann ausrichten, dass er schleunigst den gesamten im Kaufvertrag vereinbarten Kaufpreis an ihn zahlen solle. Ansonsten würde er den Wagen nicht wieder herausgeben.

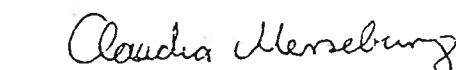
Ich habe die Nachricht dann - wie von mir verlangt - an meinen Mann weitergegeben.

Mehr kann ich zu der gesamten Angelegenheit nicht sagen. Ich finde es aber eine Unverschämtheit, dass sich Herr Zudini den Wagen einfach holen kann, obwohl dieser im Eigentum meines Mannes steht.

Geschlossen:

  
 Töpfer, PHM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

  
 Claudia Merseburg

Name/Dienstgrad

Vor- und Zuname des Zeugen

**Polizeipräsidium**  
 Polizeiinspektion 4  
 Kriminalkommissariat 1  
 Malinckrodtplatz 8 - 10  
 45117 Essen

☒ Beschuldigtenvernehmung

☐ Personalbogen

☐ Bericht

☒ Erwachsener

☐ Heranwachsender

☐ Jugendlicher

☐ Ausländer

☐ Ausländerbehörde

☐ Jugendamt

☐

Ort / Datum / Uhrzeit

45117 Essen, 18.08.2000, 9.00 Uhr

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile <b>Z u d i n i</b>	PGB	Geburtsname <b>Zudini</b>
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) <b>Ahmed</b>
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) <b>01.01.1968</b>	PNA	Geburtsort (Kreis / Land) <b>Ankara/Türkei</b>
PMW	Geschlecht <b>männlich</b>	PGO	Staatsangehörigkeit <b>türkisch</b>
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) <b>Witteringstraße 46, 45130 Essen</b>	ZVL	Familienstand <b>ledig</b>
		ZAT	Beruf <b>Kaufmann</b>
		Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift	
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde <b>00163762 vom 16.11.1998 Türkisches Generalkonsulat Essen</b>			
**) Belehrung erfolgt			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle) <b>entfällt</b>			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig			Erwerbslos seit
Ehrenämter <b>keine</b>			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf <b>entfällt</b>			
Kinder (Anzahl und Alter) <b>keine</b>			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung) <b>keine</b>			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule) <b>Realschule (Abschluss)</b>			
Familienvverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden) <b>1 Bruder (29 Jahre), 1 Schwester (27 Jahre)</b>			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige StA / AZ.) <b>nach eigenen Angaben keine Vorstrafen</b>			

(Unterschrift bei Personalbogen)

\*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

\*\*) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen  
 NW POL 11

Zu Beginn meiner Vernehmung zur Sache ist mir eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich bin ferner darüber belehrt worden, dass ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.

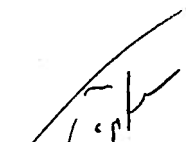
Ich habe mich wie folgt entschieden:

**Ich möchte nicht aussagen.**

.....  
Ahmed Zudini

(Unterschrift)

Geschlossen: 9:15 Uhr

  
Töpfer, PHM

..... gelesen, genehmigt  
und unterschrieben:

Ahmed Zudini  
Ahmed Zudini



Pollzeipräsidium Essen  
PI 4 / KK 1  
Malinckrodtplatz 8 - 10  
45117 Essen

Essen, 23. August 2000

Vorgangs-Nr. 502100-3762

Staatsanwaltschaft Essen
Eing. 25. AUG. 2000
___Anl. ___Bd. ___Akt. <i>h</i>

Verfügung

U. m. A.  
der Staatsanwaltschaft

in Essen

nach Abschluss der Ermittlungen zuständigkeitshalber übersandt.

Im Auftrag

*Bergner*  
Bergner, KHM

### **Vermerk für die Bearbeitung**

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Die Bundeszentralregisterauszüge liegen vor und weisen für den Beschuldigten keine Eintragung aus.

### Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Die Staatsanwaltschaft Bochum ist für das Gebiet der Stadt Herne örtlich zuständig. Die angegebenen Anschriften liegen im Bezirk des Amtsgerichts Herne.

Dem Schreiben des Rechtsanwalts Becher vom 14.08.2000 lag eine ordnungsgemäße Vollmacht bei.

Es ist davon auszugehen, dass der vom Zeugen Detlef Zielke überreichte (nicht abgedruckte) Vorvertrag dessen Angaben bestätigt.

Der Bundeszentralregisterauszug liegt vor und weist für den Beschuldigten keine Eintragung aus.

## Prüfervermerk zur Vortragsakte (KV Nr. 2401)

Dem Vortrag liegt das Ermittlungsverfahren der StA Duisburg, Az.: 40 Js 557/99, zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

I. Der Beschuldigte Zudini (Z) dürfte sich nicht eines (schweren) Diebstahls gemäß §§ 242 I, 243 I Nr. 2 StGB hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er das Wohnmobil unter Verwendung der bei ihm verbliebenden Schlüssel an sich genommen hat. Dieser Sachverhalt dürfte mit hinreichender Wahrscheinlichkeit aufgrund der Aussage des Anzeigenerstatters Merseburg (M) und des - nach Belehrung - erfolgten Geständnisses des Z gegenüber den Polizisten PK Sandmann und POM Vogelsang feststehen. Zwar dürfte aufgrund der späteren Aussageverweigerung zu befürchten sein, dass Z in der Hauptverhandlung schweigt, doch könnten insoweit die Polizeibeamten als Zeugen vernommen werden. Der hinreichend feststehende Sachverhalt dürfte jedoch den Diebstahlstatbestand nicht erfüllen. Das Wohnmobil dürfte aufgrund des wohl wirksam im Kaufvertrag vereinbarten Eigentumsvorbehaltes für Z keine fremde bewegliche Sache darstellen. Der in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Z enthaltene Eigentumsvorbehalt dürfte durch den Hinweis auf der „Verbindlichen Bestellung“, deren Abdruck auf der Rückseite der Bestellung sowie durch die Annahme des Vertragsangebotes durch Z wirksam gemäß § 2 I Nr. 1 AGBG in den Vertrag einbezogen worden sein. Die Bedingung für den Eigentumsübergang, die Zahlung des Kaufpreises, ist - auch nach der Aussage des M - nicht eingetreten.

Anhaltspunkte für eine Unwirksamkeit der entsprechenden AGB-Klausel dürften nicht vorhanden sein.

II. Z dürfte sich aber des unbefugten Gebrauchs eines Kraftfahrzeugs gemäß § 248 I StGB hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er das Wohnmobil gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch genommen hat. Nach Abs. IV 2. der AGB war allein der Käufer, mithin M zum Besitz und Gebrauch des Wohnmobils berechtigt, solange er seinen Verpflichtungen aus dem Eigentumsvorbehalt nachkam und sich nicht in Zahlungsverzug gemäß Abs. III Nr. 3 der AGB (mindestens zwei aufeinanderfolgende Raten) befand. Die Voraussetzungen eines solchen Zahlungsverzuges dürften nicht vorgelegen haben, da erst eine Rate des Kaufpreises fällig gewesen sein dürfte.

Im Übrigen dürfte Z das Fahrzeug wohl auch bei Vorliegen eines Zahlungsverzuges gemäß Abs. III Nr. 3 der AGB nicht einfach an sich nehmen, sondern hätte entsprechend den AGB die Herausgabe verlangen, ggf. gerichtlich geltend machen müssen. Z dürfte zumindest bedingt vorsätzlich, rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben. Der gemäß § 248b III StGB erforderliche Strafantrag dürfte form- und fristgerecht vom Geschädigten M gestellt worden sein.

III. Dagegen dürfte sich Z nicht einer versuchten Erpressung gemäß § 253 I, III, 22, 23 I StGB hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er das Wohnmobil entwendet und die Rückgabe von der vollständigen Bezahlung des Kaufpreises abhängig gemacht hat. Z dürfte nach seiner Vorstellung nicht unmittelbar zur Verwirklichung des Straftatbestandes angesetzt haben. Das Entwenden des Fahrzeugs dürfte keine Gewalt im Sinne des § 240 I StGB darstellen.

Gewalt ist der physisch auf die Person des Genötigten wirkende Zwang zur Überwindung eines geleisteten oder erwarteten Widerstandes (Tröndle/Fischer, StGB<sup>49</sup>, § 240 Rn. 5 f.).

Eine solche Zwangswirkung könnte hier allenfalls darin gesehen werden, dass M den Besitzverlust an dem Wohnmobil vorübergehend hinnehmen musste. Die bloße Sachentziehung, die lediglich dazu führt, dass sich der Geschädigte der Sache nicht bedienen kann, stellt jedoch keine Gewalt im Sinne des § 253 I StGB dar (Schönke/Schröder-Lenckner, StGB<sup>25</sup>, Vorbem § 234 ff. Rn. 13). Die Ankündigung, das Fahrzeug nur bei vollständiger Zahlung des Kaufpreises zurückzugeben, dürfte aufgrund der Aussage der Zeugin Merseburg mit hinreichender Sicherheit feststehen, jedoch keine Drohung mit einem empfindlichem Übel im Sinne des § 253 I StGB darstellen.

Die Drohung ist das Inaussichtstellen eines künftigen Übels, auf dessen Eintritt der Drohende Einfluss hat oder zu haben vorgibt. Mit einem empfindlichen Übel wird gedroht, wenn der in Aussicht gestellte Nachteil von einer Erheblichkeit ist, dass seine Ankündigung geeignet erscheint, den Bedrohten im Sinne des Täterverlangens zu motivieren; es sei denn, dass gerade von dem Bedrohten in seiner Lage erwartet werden kann, dass er der Drohung in besonnener Selbstbehauptung standhält (Tröndle/Fischer, StGB<sup>49</sup>, § 253 Rn. 6, § 240 Rn. 15, 17).

Die bei Nichtzahlung angedrohte Nichtrückgabe des Fahrzeugs dürfte kein empfindliches Übel im Sinne des § 253 I StGB darstellen. Es dürfte von dem M durchaus zu erwarten gewesen sein, der Drohung standzuhalten und zur Durchsetzung eines eventuellen Herausgabeanspruchs obrigkeitliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Wer dagegen die Drohung mit einem empfindlichen Übel bejaht, dürfte im Ergebnis zu einem hinreichenden Tatverdacht wegen versuchter Erpressung kommen; Z dürfte nach dem Kaufvertrag, insbesondere der Ratenzahlungsvereinbarung keinen Anspruch auf sofortige Zahlung des gesamten Kaufpreises gehabt und mithin in der Absicht gehandelt haben, sich zu Unrecht zu bereichern.

IV. Aus den gleichen Gründen dürfte kein hinreichender Tatverdacht wegen versuchter Nötigung gemäß §§ 240 I, III, 22, 23 I StGB bestehen.

V. Z dürfte sich des unbefugten Gebrauchs eines Kraftfahrzeugs gemäß § 248b I StGB hinreichend verdächtig gemacht haben. Im Hinblick auf dessen strafrechtliche Unvorbelastetheit dürfte ein Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gemäß § 407 I 1 u. 2 StPO bei dem gemäß § 24 I, II GVG wohl zuständigen Amtsgericht - Strafrichter - zu stellen sein.

Mit entsprechender Begründung dürfte auch eine Anklage vor dem Amtsgericht - Strafrichter - oder eine Einstellung gemäß § 153 a StPO unter entsprechenden Auflagen vertretbar sein.

Textkontrolle: StGB, StPO, GVG